

BLICK ZURÜCK

Die Waisen des Kolonialismus

Die Unabhängigkeit Algeriens führt 1962 zur Rückwanderung und zur Verbitterung vieler Schweizer

CHRISTOPH WEHRLI

«Wie gut war es, nach so vielen Tagen der Angst, der Ungewissheit, des herzzerreissenden Abschieds, an Bord der «Bal-air» eine verständnisvolle und herzliche Atmosphäre vorzufinden, wo wir bei uns allen immer noch Ihren so wohlwollenden Schutz spüren.» Solcher Dank geht an das Eidgenössische Politische Departement (EPD, heute EDA), nachdem es zwei Sonderflüge organisiert hat, mit denen am 15. und am 22. Juni 1962 erste grössere Gruppen von Schweizern den jüngsten Gewaltausbrüchen in Algerien entflohen. Die kurz bevorstehende Unabhängigkeit des Landes (Anfang Juli) wird das Ende einer rund 130-jährigen europäischen und schweizerischen Auswanderungsgeschichte bedeuten. Für die Menschen, die im französischen Algerien ihre Existenz aufgebaut haben oder gar dort geboren worden sind, ist die Rückkehr allerdings nicht einfach, wenn es überhaupt eine Rückkehr ist. Manche hadern noch lange mit ihrem Schicksal und fühlen sich von ihrem Heimatstaat im Stich gelassen.

Kolonial integriert

Die schweizerische Präsenz in Algerien ist eng verbunden mit der Kolonialpolitik Frankreichs, das 1830 mit der Besetzung des Landes beginnt und dieses 1848 als «Territorium» eingliedert. Dass der erste Kommandant der Fremdenlegion, die bei der Eroberung zum Einsatz kommt, der Thurgauer Christoph Stoffel, ehemalige Schweizer Söldner für die Truppe rekrutiert, ist nur ein spezieller Aspekt. Ein anderer ist die Beteiligung an der organisierten Inbesitznahme von Agrarland. Zum Beispiel erhält eine Genfer Aktiengesellschaft, für die damals auch der spätere Rotkreuzgründer Henry Dunant tätig ist, 1853 eine umfangreiche Konzession in Sétif, im Nordosten Algeriens. Sie scheitert zwar insofern, als für bäuerliche «colons» zu wenig freier Boden vorhanden ist, wirtschaftet aber vor allem mit einheimischen Pächtern bis 1956.

Generell bietet Algerien Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten auf einem Spektrum, das im Fall der Schweizer vom Baugewerbe bis zum Handel und zur Hotellerie reicht und Bauern ebenso einschliesst wie Transportunternehmer, Uhrmacher oder Konditoren. Der Bestand dieser «Kolonie» wächst in den 1880er Jahren auf rund 3500 Personen. Obwohl es, neben Rückwanderung, immer wieder Zuzug gibt, zählt man Anfang der 1950er Jahre nur noch etwa 2000 Schweizer Staatsangehörige, von denen 900 Doppelbürger sind.

Durch Heirat, aufgrund der Geburt im Land oder durch ihre Berufstätigkeit verwachsen viele Algerienschweizer mit Frankreich. Ebenso wird aber in Vereinen die Herkunftsgemeinschaft gepflegt. Die Schweiz wiederum erachtet besonders seit dem Ersten Weltkrieg die Niederlassungen oder «Vorposten» in aller Welt als wertvollen Faktor der Ausstrahlung, ja als kulturelle, politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Nicht ganz zutreffend, aber patriotisch wirksam spricht man von der vierten, seit 1938 (als das Rätoromanische «Landessprache» wird) von der fünften Schweiz. Im Frühjahr 1951 besucht General Henri Guisan seine Landsleute, unter ihnen ehemalige Aktivdienstler, in Marokko, Tunesien und Algerien. Dort nehmen tausend Personen an einem Fest für ihn teil – und er lässt sich in Sétif auch von einer Ehrenformation der Fremdenlegion empfangen.

Die Friedensvermittlerin

Die Beziehung zwischen der offiziellen Heimat und den Ausgewanderten wird zur Belastungsprobe, als die antikoloniale Bewegung in Algerien an Stärke gewinnt. Sie beunruhigt die Schweizer Gemeinschaft, ohne aber genügend ernst genommen zu werden. Die Zusammenstösse, die 1945 eine brutale Repression auslösen, werden von Jules Arber, dem Generalkonsul in Algier, zwar mit den «erbärm-



Ein Stück Heimat: Die Schweizer Kolonie in Algier weiht 1932 eine Schiessanlage ein. AUSLANDSCHWEIZERKOMMISSION DER NEUEN HELVETISCHEN GESELLSCHAFT

lichen Lebensbedingungen der einheimischen Massen» erklärt; die Bevölkerung sei aber faul und träge, «keineswegs reif und fähig, das Leben und die Unabhängigkeit ihres Landes sicherzustellen». Als 1954 der «Befreiungskrieg» beginnt, hoffen die Algerienschweizer auf die Bewahrung der bisherigen Verhältnisse und erwarten den Rückhalt ihres Staats. Allein bis 1961 haben sie 14 Todesopfer und 10 Entführungen zu beklagen.

In Bern hat man indessen noch anderes im Auge. Aussenminister Max Petitpierre hält schon 1956 die algerische Unabhängigkeit für unumgänglich und nimmt 1958 Frankreich von Kritik an Grausamkeiten nicht aus. Hinzu kommen zwei konkrete Herausforderungen. Zum einen suchen nicht wenige opposi-

Sie hätten, schreibt einer der enttäuschten Rückkehrer, vom Staat «ein Almosen von 250 Franken erhalten».

tionelle Algerier Zuflucht in der Schweiz, und so gilt es, einerseits das Prinzip des Asyls einzuhalten, andererseits, unter dem Druck von Paris, politische und konspirative Tätigkeiten zu überwachen und zu unterbinden. Den Beschluss zum bewaffneten Kampf fassen Führungspersonen der Nationalen Befreiungsfront (FLN) aber offenbar ausgerechnet in Bern – im Juni 1954, als die Fussballweltmeisterschaft Einreisen erleichtert und Polizeikräfte absorbiert.

Zum ändern ist der neutrale Staat in die Beendigung des Kriegs involviert. Nachdem Präsident Charles de Gaulle Algeriens Selbstbestimmungsrecht anerkannt und sich durch ein Referendum dazu abgesichert hat, werden Verhandlungen mit der provisorischen Regierung des künftigen Staats aufgenommen. Sie misslingen auf französischem Boden, doch wird über die Schweiz wieder Kontakt gesucht. Dem eher zufällig zur Mittelsperson gewordenen Handelsdiplomaten Olivier Long gelingt es, die Parteien 1961 wieder an einen Tisch zu bringen, und zwar in Évian am Südufer des Genfersees, wobei der algerischen Delegation eine Basis in der Schweiz geboten wird. In zwei Phasen in Évian und dazwischen auch an geheimen Treffen wird bis im März 1962 der Übergang zur Unabhängigkeit ausgehandelt. Die Gelegen-

heit zu diesen Guten Diensten – Logistik, Organisation, Sicherheit, Kontakte – ist Bundesrat Petitpierre hochwillkommen. Er ist sich bewusst, dass das Land seine Neutralität «rechtfertigen, ja verdienen» muss. Nach dem Erfolg der riskanten Operation ist der Dank beider Seiten gewiss. Long verheisst der Schweiz sogar «ein Goodwill-Kapital bei allen ungebundenen Ländern der Dritten Welt, und zwar mit grösserer Sicherheit, als wenn wir Hunderte von Millionen Franken Entwicklungshilfe aufgewendet hätten».

Zwischen allen Fronten

Algerienschweizer hingegen sehen ihre vitalen Interessen missachtet. Die Grundsätze der schweizerischen Politik würden «schlecht angewendet», wenn Bern eine Versöhnung auf Kosten einer wichtigen Minderheit begünstige, sagt Frédéric Leutenegger, Vertreter seiner Landsleute in Oran, im August 1961 am Auslandschweizerkongress. Das Argument des Politischen Departements, es habe ja an den eigentlichen Verhandlungen gar nicht teilgenommen, beruhigt die Betroffenen kaum. Tatsächlich sind Algerienschweizer – bisher schon, wie Leutenegger selbst, Attentaten des FLN ausgesetzt – nun auch ins Visier der OAS geraten, der Organisation Armée Secrète, die den französischen Rückzug mit Gewalt verhindern will. Im Mai 1961 besetzen Demonstranten vorübergehend das Konsulat in Oran, später werden Anschläge auf Geschäfte verübt – obwohl viele Schweizer Sympathien für die OAS haben, einzelne gar dort mitkämpfen. In der verwickelten Lage bleibt dem EPD nur, zu Zurückhaltung zu ermahnen und dem Schützenverein von Munitionsvorräten und Schiessübungen abzurufen.

Zur Abreise will Bern die Landsleute lange nicht auffordern. Doch als die Gewalt der OAS nach dem Friedensabkommen noch zunimmt, bieten die Behörden Evakuationshilfe an. Unter allen Europäern, die sich in Sicherheit bringen, ist die Ansicht verbreitet, sie würden bald in «ihr» Algerien zurückkehren können. Dementsprechend verläuft die 1.-August-Feier in Algier, zu der sich dort gebliebene Schweizer treffen, laut NZZ-Bericht «in der besten Stimmung». Aber die ursprünglichen Versprechen des FLN für eine gemeinsame Zukunft sind überholt. Namentlich die vorerst provisorische Beschlagnahme von «vakantem Besitz» und die Nationalisierung landwirtschaftlicher Güter schrecken ab. Bis 1963 haben die Hälfte bis zwei Drittel der Schweizer Algerien verlassen.

In der Schweiz müssen die «Rückkehrer» oft mit wenig Mitteln neu be-

ginnen. Von der staatlichen Hilfe sind etliche enttäuscht. Sie hätten, schreibt einer von ihnen, «ein Almosen von 250 Franken und Unterkunft in Drittklass-hotels» während eines Monats erhalten. Der Bund verweist auf den 1958 gegründeten genossenschaftlichen Solidaritätsfonds sowie auf die Hochkonjunktur, welche die wirtschaftliche Eingliederung erleichtere. Mindestens so sehr wie materielle Unterstützung scheinen die ehemaligen «Kolonisten» – ähnlich wie die «pieds-noirs» in Frankreich – Verständnis und auch Anerkennung zu vermissen. Die Änderung der Verhältnisse und der Wertmassstäbe zu akzeptieren, fällt ihnen schwer. Der erlittene innere Verlust mag erklären, wie erbittert ein Teil von ihnen dafür kämpft, für den Entzug ihres Eigentums in Algerien entschädigt zu werden.

Die Betroffenen machen Ansprüche von insgesamt 35 Millionen Franken geltend. Auch mit Blick auf die in anderen Ländern vorgenommenen oder drohenden Verstaatlichungen kann der Bund nicht untätig bleiben. Wiederholte Vorstösse in Algier fruchten jedoch nicht, und anderen Staaten geht es ähnlich. Die Forderung der 1967 gegründeten Vereinigung der «Beraubten», dass die Eidgenossenschaft die Gelder verschiesse, werfen die Behörden als kontraproduktiv für ihre Verhandlungsposition, abgelehnt wird zudem das Begehren, die bescheidene Entwicklungshilfe, «Hilfe an die Räuber», sei zurückzustellen. Auch die Dachorganisation der Auslandschweizer engagiert sich für die Sache, gibt erst 2001 definitiv auf und macht damit den unversöhnlichen Opfern (an der Spitze der erwähnte Frédéric Leutenegger) letztlich falsche Hoffnungen. Mit der These, die Schweiz habe «keine kolonialistische Vergangenheit», wie es etwa in einem Papier von 1972 heisst, pflegt man auch im EPD die wackelige Ideologie, man habe mit den ererbten Problemen der neuen Staaten nichts zu tun. Heute wird die «parakoloniale» Geschichte der Schweiz anerkannt oder gar betont. Die Historikerin Marisa Fois (Universität Genf) spricht in ihrem neuen Buch über die Algerienschweizer dementsprechend von «Dekolonisierung ohne Kolonien» – und von «Waisen des Kolonialismus».

BLICK ZURÜCK

Jede Woche beleuchtet die NZZ ein historisches Ereignis. Die Beiträge der Serie finden Sie auf

NZZ
nzz.ch/schweiz

Hochschultitel auch ohne Studium

Bessere Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt

DAVID VONPLON

Sie heissen «Bachelor Professional» oder «Master Professional». Seit Anfang letztes Jahr können sich in Deutschland Berufsleute mit diesen Titeln schmücken, die bis dahin Hochschulabsolventen vorenthalten blieben. Sie sollen damit auf dem globalisierten Arbeitsmarkt einen Vorteil erhalten. Schliesslich dominieren dort die angelsächsischen Hochschultitel Bachelor und Master. Hierzulande ist man noch nicht so weit. Schweizer Fachkräfte tragen so komplizierte Titel wie «Dipl. Betriebsleiterin Bäckerei-Konditorei-Confiserie» oder «Dipl. Techniker HF Holzbau». Im globalisierten Arbeitsmarkt ziehen sie mit diesen Bezeichnungen gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland häufig den Kürzeren – und das, obwohl sie eigentlich bestens ausgebildet sind. Nicht weniger als 430 verschiedene Abschlüsse gibt es in der höheren Berufsbildung; zusätzlich zu den 220 Lehrabschlüssen mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis.

Lohnrelevante Änderung

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) will nun Massnahmen ergreifen, um eine Diskriminierung der Schweizer Berufsleute auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Es hat ein Projekt gestartet, um «eine ganzheitliche Überprüfung der aktuellen nationalen und internationalen Positionierung der Höheren Fachschulen sowie der Bildungsgänge» vorzunehmen, wie es in einem Bericht der «Sonntags-Zeitung» heisst. Dabei werde auch die Frage von Professional-Bachelor- und -Master-Titeln untersucht.

Auf eine bessere Positionierung von Schweizer Berufsleuten drängt SP-Nationalrat und Bildungspolitiker Matthias Aebischer seit Jahren. Er hat bereits im Jahr 2012 in einem Vorstoss gefordert, dass die höhere Berufsbildung aufgewertet und «moderne» Titel eingeführt werden. Doch der Vorstoss erlitt im Ständerat Schiffbruch, nachdem der Nationalrat ihm knapp zugestimmt hatte. Im März vergangenen Jahres hat Aebischer einen zweiten Anlauf mit einem fast gleich lautenden Vorstoss genommen, der von 72 Nationalrätinnen und Nationalräten mitunterzeichnet wurde. Aebischer kritisiert darin, dass für viele Schweizer Berufsleute die Anstellungschancen stark geschmälert würden, weil die Schweiz keine solchen Titel kenne. Der zusätzliche Titel sei dabei auch lohnrelevant: So würden Ausweise mit «Bachelor» oder «Master» im Titel vielerorts zu einer höheren Einstufung in der Lohnskala berechtigen, heisst es im Motionstext von Aebischer.

Kehrtwende vollzogen

Hinter das Anliegen hat sich auch der Schweizerische Gewerbeverband gestellt, der die höheren Berufsabschlüsse ebenfalls mit neuen Namen aufwerten möchte. Die Ausbildungen müssten international vergleichbar sein, wenn die Schweizer eine Chance haben sollen, findet etwa der Verbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler. Dazu brauche es internationale Titel. Der Bundesrat hatte den Vorstoss in einer Stellungnahme vor gut einem Jahr noch abgelehnt. Er befürchtete eine Vermischung der Titelstrukturen der Berufsbildung und der Hochschulen, im Besonderen der Fachhochschulen. In den vergangenen Monaten hat offenbar eine Kehrtwende stattgefunden.

Gegen den Plan, Leuten ohne Studium Bachelor- und Master-Titel zu gewähren, wehren sich auch die Hochschulen. Bei diesen Titeln handle es sich um akademische Abschlüsse. Die Entlehnung in andere Bereiche sei «irreführend» wird im Bericht der «Sonntags-Zeitung» die Konferenz der Hochschulrektoren, Swissuniversities, zitiert. Ebenfalls befürchtet der Verband der Fachhochschulabsolventen, FH Schweiz, dass die Einführung von Titeln wie Professional Bachelor und Professional Master Verwässerungs- und Verwechslungsgefahr berge.

Die Moderna-Grippe als Heldentat

Bei der Corona-Impfung werden Nebenwirkungen zum kollektiven Erlebnis – für die Impfkampagne könnte das sogar positiv sein

DANIEL GERNY, SIMON HEHLI

Ein Bier zur Feier nach der zweiten Impfung war das letzte Vergnügen – dann legte es den Mann mit Schüttelfrost und kräftigem Fieber ins Bett. Selbst mehrere Tage danach juckte und brannte der immer noch stark gerötete Arm des Juristen, als ob er sich einer Behandlung mit Brennnesseln unterzogen hätte. Ein Einzelfall ist dies nicht, im Gegenteil: Blumig ausgeschmückte Geschichten über ausgestandene Nebenwirkungen der Covid-19-Impfung gehören – neben dem Coiffure-Aufreger bei der Nationalmannschaft – zu den Top-Themen an den endlich wieder stattfindenden Apéros.

Fast immer der Oberarm

Doch wie verbreitet ist das Phänomen wirklich? Und warum beschäftigen uns die vergleichsweise harmlosen Begleiterscheinungen nach einem Jahr sehnsüchtigen Wartens auf das Corona-Vakzin plötzlich so sehr? Bloss Plauderei sind die Klagen über Dauermüdigkeit und Kopfschmerzen jedenfalls nicht. Das Schweizerische Heilmittelinstitut Swissmedic verzeichnete alleine im ersten Halbjahr für die Covid-19-Impfung 2944 Rückmeldungen, in denen insgesamt 7738 Reaktionen registriert wurden. 1901 Mal wurden nicht schwerwiegende Folgen gemeldet – in immerhin 1043 Fällen aber handelte es sich um schwerwiegende Reaktionen. Als schwerwiegend gelten laut Bundesamt für Gesundheit (BAG) «länger- oder langandauernde Schäden mit schweren gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Folgen».

Weil die Swissmedic-Zahlen vom Meldeverhalten der Bevölkerung und der Gesundheitsfachleute abhängen, sind sie nur bedingt aussagekräftig. Laut der US-Zulassungsbehörde FDA verspüren aber tatsächlich rund 90 Prozent aller Personen, die Moderna erhalten haben, Schmerzen im Oberarm. 69 Prozent fühlen sich müde, 63 Prozent klagen über Kopf- und 60 Prozent über Muskelschmerzen. 45 Prozent leiden unter Schüttelfrost und gut 15 Prozent unter Fieber. In ähnlicher Grössenordnung bewegen sich die Zahlen beim Biontech-Vakzin – wenngleich auf leicht tieferem Niveau. In der Regel fallen die Nebenwirkungen bei beiden Impfstoffen nach der zweiten Impfung stärker aus. Unerwünschte Nebenwirkung gibt es auch bei anderen Impfungen – nicht selten beispielsweise



Die Impfung vereint sehr viele Menschen in einer physischen Erfahrung.

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEYSTONE

beim Tetanus-Schutz. Doch die grösste Impfkampagne der Schweiz mit über sechs Millionen verimpften Dosen innert weniger als einem halben Jahr führt dazu, dass die Nebenwirkungen in der öffentlichen Wahrnehmung einen ganz anderen Stellenwert erhalten: Der Schüttelfrost wird zum kollektiven Erlebnis.

Biontech ist kaum besser

Diese Ballung ist möglicherweise auch dafür verantwortlich, dass derzeit vor allem Moderna-Episoden im Umlauf sind: Bis Anfang Mai wurden von Biontech und Moderna nämlich praktisch gleich viele Dosen verabreicht. In dieser Phase wurden aber vor allem ältere Personen geimpft, bei denen die Reaktionen meist schwächer ausfallen. Bezeichnenderweise sprach damals kaum jemand über Fieber und Gliederschmerzen. Jetzt, wo jüngere und auf Nebenwirkungen anfälligere Altersgruppen an der Reihe sind, steht dagegen Moderna klar im Vordergrund. Seit Mai sind rund 2,2 Millionen

Dosen dieses Herstellers hinzugekommen – jedoch nur gut eine Million Dosen von Biontech.

Laut Christoph Berger, Präsident der Eidgenössischen Impfkommision (Ekif), ist denkbar, dass ein Teil der Bevölkerungsgruppe, die sich jetzt impfen lässt, bereits unbemerkt an Covid-19 erkrankt ist – und deshalb stärkere Reaktionen zeigen kann. Auch Berger sind Geschichten über die Moderna-Nebenwirkungen zu Ohren gekommen. «Statistisch lässt sich der Effekt derzeit aber kaum belegen, dafür brauchte man wohl repräsentative Bevölkerungsbefragungen.» Er weist darauf hin, dass es in Israel ebenfalls viele Klagen und Berichte über Nebenwirkungen gegeben habe, obwohl dort vor allem Pfizer-Biontech zum Einsatz gekommen ist.

Doch es ist wohl gar nicht nur die Impf-Substanz selber, die die Menschen reagieren lässt. Seit ihrer Erfindung im 19. Jahrhundert löst die Vorstellung Unbehagen und Angst aus, sich einen fremden Stoff in einen gesunden Körper spritzen zu lassen. Und schon damals war das

Thema in der Öffentlichkeit stark präsent. Welche körperlichen Auswirkungen dieses Unbehagen haben kann, ist schwer zu beurteilen – doch es gibt Hinweise: So bekam laut den Moderna-Zulassungsstudien jeder dritte Proband nach Verabreichung des echten Impfstoffs Kopfschmerzen. In der Kontrollgruppe mit Placebos war dieser Anteil allerdings fast gleich hoch. Die Erwartungshaltung spiele offenbar eine entscheidende Rolle, erklärte in der «NZZ am Sonntag» auch Winfried Rief, Leiter der Abteilung für Klinische Psychologie der Universität Marburg. «Bin ich sicher, Nebenwirkungen zu bekommen, werde ich auch darunter leiden.»

Auch Christine Lötscher verfolgt das Phänomen der Moderna-Nebenwirkungen deshalb aufmerksam. Lötscher ist Professorin am Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft der Uni Zürich und beschäftigt sich in ihrer Forschung mit populären Erzählungen. Sie hat eine – wissenschaftlich nicht erhärtete – Erklärung dafür, wes-

halb sich die Story über die Impfreaktionen in den vergangenen Wochen in der Gesellschaft so herausgebildet hat: Diese Art von Geschichte sei attraktiv, weil die Menschen dadurch Teil eines grossen Ganzen würden. «Von einer Covid-19-Erkrankung sind viele verschont geblieben», erklärt Lötscher der NZZ: «Nun vereint die Impfung fast alle in einer physischen Erfahrung, und dies während einer relativen kurzen Zeitspanne.» Lötscher beobachtet, dass sich die in der Erzählung verwendeten Bilder gleichen: «Viele reden davon, wie ihnen warm und kalt gewesen sei und dass sie unter Schüttelfrost litten gehabt hätten.» Man werde also durchgeschüttelt, sagt die Sozialwissenschaftlerin: «Quasi eine Miniversion dessen, was aufgrund der Pandemie mit der ganzen Gesellschaft passiert ist.»

Weg durch den finsternen Wald

Christine Lötscher spricht in diesem Zusammenhang von einem Übergangsritual am Ende der Pandemie – nach dem Motto: Da müssen wir durch, dann haben wir es geschafft. «Es ist ein klassisches populäres Narrativ, wie es auch im Märchen häufig vorkommt», sagt Lötscher. «Die Überwindung des letzten Hindernisses, der Weg durch die Dunkelheit ins Licht, durch den finsternen Wald, in dem die Räuber warten.» Dazu passt auch, dass auch nach durchlittener Moderna-Grippe kaum jemand die Impfung bedauert. So hat Impfkommmissionschef Berger noch nie gehört, dass jemand den Schritt im Nachhinein bereut hat. Dennoch sieht er ein gewisses Risiko, dass die Impfbereitschaft wegen der Berichte über Moderna-Nebenwirkungen leiden könnte. Berger betont deshalb, dass die Unterschiede zwischen Pfizer-Biontech und Moderna sehr gering seien – insbesondere im Vergleich zum bisher hierzulande nicht zugelassenen Vakzin von AstraZeneca.

Schwächelt die Impfkampagne also schon bald an der Unlust auf müde Stunden und steife Oberarme? Paradoxerweise müssen die derzeit boomenden Krankengeschichten kein Nachteil sein – im Gegenteil, wie Lötscher glaubt: «Es gibt ein riesiges Bedürfnis in der Gesellschaft, möglichst rasch aus der Pandemie herauszukommen. Vor diesem Hintergrund ist das Impfen ein geradezu heroischer Akt – und dies erst recht, wenn man Moderna erhält.»

ANZEIGE



UNKOMPLIZIERT
UND PÜNKTLICH
ZU JEDEM TERMIN.

DENKT NEU!

ERST RECHT ALS FIRMA

Mobilität muss flexibel sein. Fürs ganze Team. Das grösste Angebot der Schweiz sorgt für eine unkomplizierte Koordination und optimale Verfügbarkeit. Ohne Leasing, ohne Wartung, ohne Stress. Seid clever: Nutzt die Möglichkeiten! mobility.ch/denktneu

mobility